



Dienstag, 30. November 2021, 16:00 Uhr
~15 Minuten Lesezeit

Das selektive Mitgefühl

Die Corona-Berichterstattung thematisiert nur noch eine mögliche Todesart, während andere lebensbedrohliche Faktoren ausgeblendet werden.

von Carl Rheinländer
Foto: ImageFlow/Shutterstock.com

Die Befürworter der Coronamaßnahmen interessiert derzeit nur noch „das Eine“. Für ihre Gegner gilt dies allerdings auch. Die Widerstandsbewegung gegen die Coronapolitik sollte sich intensiver mit anderen gesellschaftlichen Missständen beschäftigen, deren Relevanz vom Mainstream nicht angezweifelt werden kann. Fakt ist: Die gleichen Eliten, die heute zusammen als Coronaregime agieren, lassen auch in ihrer sonstigen politischen Routine viele Tausend Menschen eiskalt und ohne zu ihrem Schutz Maßnahmen zu

*ergreifen vorzeitig zu Tode kommen. Mit den hier bestehenden Analogien zur Coronapolitik müssen sich die Kritiker intensiver beschäftigen, auch um aus der gegenwärtigen Wahrnehmung als Ein-Thema-
Opposition herauszukommen. Besonders zugunsten der nachfolgenden Generationen gilt es, jetzt selbst radikale Maßnahmen zu deren Schutz zu formulieren, statt passiv den Teufel einer möglichen
Klimaschutzdiktatur an die Wand zu malen. Dritter und letzter Teil der Analyse und der Bilanzierung neoliberalistischer Solidaritätsverweigerung.*

Mittlerweile ist es nur noch schwer auszuhalten, wie das Solidaritäts-Scheinargument der Coronapolitik immer noch unangefochten über die Standardmedien verbreitet wird. Dazu werden Ethikratsvertreter, Ärztepräsidenten, Medizinethiker, Kassenärztesprecher, Verbandsvorsitzende, Verhaltenspsychologen, Fußballtrainer und andere „Gesundheitsexperten“ zum Interview geladen, und immer stellen sie dann nur öffentlich zur Schau, wie erschreckend begrenzt ihre Denkfähigkeiten und wie befremdlich umfassend ihre Bereitschaft ist, sich vor den Karren zurechtgedrehter „Wahrheiten“ des Corona-Narrativs spannen zu lassen. Immer noch dürfen diese pseudowissenschaftlichen Konformisten im Dienst der Politik Nichtgeimpfte und Maßnahmenkritiker öffentlich als „unsolidarisch“ diffamieren.

Demgegenüber lässt das gleiche meinungsbeherrschende Konglomerat aus Politik, Standardmedien, rekrutierbarem Teil der Wissenschaft und Wirtschaftslobbyisten in anderen Bereichen gesellschaftlichen Lebens Jahr für Jahr Menschen zu Hunderttausenden vorzeitig zu Tode kommen. Leider jedoch

können diese Akte von Solidaritätsverweigerung noch immer in einer Parallelwelt, in einem Schattenbereich abseits der geschürten Corona-Diskussion gehalten werden. Dort lässt sich die Untätigkeit seit Jahrzehnten schon in einem großen Durcheinander sozial-, friedens- und umweltpolitischen Handlungsstaus verstecken oder mithilfe eines subtil aufgebauten Rechtfertigungs-Katalogs heiligen.

Die Coronakrise zeigt, wie effektiv sich die öffentliche Aufmerksamkeit hier steuern lässt: Eine ganze Bevölkerung konnte, wie es der Philosoph **Jochen Kirchhoff gesagt** (<https://www.youtube.com/watch?v=Zv1M4aCx9UE>) hat, gegenüber einer einzigen Art von möglichem Tod massiv hysterisiert werden, während alle anderen realen Tode nicht interessieren und offenbar nicht beunruhigen.

In meinen letzten beiden Artikeln hatte ich die Todesopfer oder, wie man in Corona-Zeiten zu sagen pflegt, die vorzeitigen Todesfälle deutscher **Kriegsbeteiligungen** (<https://www.rubikon.news/artikel/die-opfer-deutscher-kriege>) und die Opfer des inländischen und des Deutschland zurechenbaren globalen **Klassismus** (<https://www.rubikon.news/artikel/der-klassenkrieg>) in Zahlen gefasst. Dabei war ich als absolute Untergrenze bereits auf eine Summe von 1,4 Millionen Menschen gekommen, die pro Jahr aus neoliberalistisch-wirtschaftlichen und transatlantisch-ideologischen Gründen heraus vorzeitig sterben müssen. Zur Gesamtsumme aller vom deutschen Staat verursachten vorzeitigen Todesfälle fehlen allerdings noch drei Bereiche.

Die marginalisierten Maßnahmenopfer

Der erste Bereich umfasst die kollateralen Menschenopfer der Maßnahmen-Politik in Deutschland und der Anteil Deutschlands an

den Opfern im globalen Maßstab. Die Berechtigung zur Auflistung Letzterer ergibt sich aus der Tatsache, dass von den reichen westlichen Ländern und ihren internationalen Organisationen alle ärmeren Länder der Erde auf verschiedene Art und Weise zur Verhängung von Maßnahmen im eigenen Land genötigt beziehungsweise auf andere Weise unter die Auswirkungen der westlichen Lockdown-Politik gepresst wurden.

Innerhalb Deutschlands wären als Todesfälle zu nennen:

- Alte Menschen in Heimen und in sonstiger Pflege, gestorben infolge psychischer Extremsituationen, ausgelöst durch Angst, Einsamkeit, verordnete Isolation, distanzierte Kontaktpersonen, Erlebnisverlust und so weiter.
- Menschen aller Altersgruppen: **Selbstmorde** (<https://www.bmj.com/content/371/bmj.m4352>) infolge **chronischer Angst**, (<https://de.rt.com/international/125511-erste-studie-ihrer-art-covid-massnahmen-depression/>) wirtschaftlicher Aussichtslosigkeit, des Zusammenbruchs der eigenen Lebensperspektive, von Einsamkeit und – auch selbst verordneter – Isolation.
- Todesfälle durch **unterlassene Behandlung** (<https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/onkologe-schlaegt-alarm-mehr-krebstote-durch-corona-75806600.bild.html>) schwerer Krankheit, etwa wegen Angst vor Ansteckung (**ARD-Bericht zum Thema** (<https://www.tagesschau.de/investigativ/report-mainz/corona-chronisch-krank-101.html>), **WHO-Warnung dazu** (<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/who-krebserkrankungen-101.html>)).
- Opfer verstärkter häuslicher Gewalt, Kindesmissbrauch et cetera.
- Später noch folgende beziehungsweise verfrühte Krankheitsverschlimmerungen durch stärkeren Missbrauch legaler Drogen wie häufigerer Alkohol- und Tabakkonsum, verschärfte Suchtentwicklung und Organbelastung.

- Spätere Todesfälle infolge übertriebener Nahrungsaufnahme, zum Beispiel Fresssucht als Angstkompensation und während Bewegungsentzugs.
- Spätere Todesfälle infolge der Schäden durch extremen Bewegungsmangel.
- Spätere Todesfälle durch **Steigerung psychischer Dauerprobleme** (<https://de.rt.com/international/125460-lockdown-folgen-zahl-psychischen-erkrankungen/>) wie posttraumatische Belastungsstörungen, Existenzängste, Gefühle der Verstrickung und Belastung, nicht enden wollende Hoffnungslosigkeit, ausbleibende Selbstwirksamkeitserfahrung et cetera. • Und nicht zuletzt die derzeit noch unzureichend erfassten Fälle von Impfschäden, ob sofortige Todesfälle oder langfristige Gesundheitsprobleme mit Todesfolge.

Allein die Summe der tatsächlichen Todesfälle pro Corona-Jahr könnte durchaus 40.000 betragen. Über die Zahl der zeitverzögert in Zukunft zu erwartenden vorzeitigen Todesfälle lässt sich nur spekulieren (weitere Quellen und Links dazu sind **hier** (<https://www.buchkomplizen.de/index.php?lang=0&cl=search&searchparam=Carl+Christian+Rheinl%C3%A4nder+sen+Hinter+der+Solidarit%C3%A4ts-Fassade>) zu finden).

Noch erheblich darüber liegt die wahrscheinliche Zahl der Maßnahmenopfer weltweit, die anteilmäßig Deutschland anzulasten wäre. Etliche Berichte beschrieben in den letzten anderthalb Jahren, was die Coronamaßnahmen für Menschen in ärmeren Ländern bedeuten und wie lebensbedrohlich sich deren Alltag seit Anfang 2020 verändert hat. **Ein Artikel in Le Monde diplomatique (LMD)** (<https://monde-diplomatique.de/artikel/!5710119>) beispielsweise nennt Zahlen zusätzlicher Verarmung, zusätzlichen Hungers und anderer von Lockdowns ausgelösten Katastrophen für die Menschen dort:

In den ersten drei Quartalen des Jahres 2020 gingen demnach außerhalb der reichen Länder rund 290 Millionen Vollzeitjobs

verloren. Laut Weltbank, so LMD, stürzt die Coronapolitik weltweit zusätzlich 88 bis 115 Millionen Menschen in extreme Armut, und laut UN-Untergeneralsekretär Mark Andrew Lowlock könnten weltweit täglich 6.000 Kinder infolge der Coronamaßnahmen gestorben sein. Ebenso schreibt LMD: „Aufgrund der Umverteilung von Ressourcen im Gesundheitsbereich könnten sich die Todesfälle durch Aids, Tuberkulose und Malaria verdoppeln.“

Und Schulschließungen würden zu einem Rückgang der Produktivität, einer lebenslangen Einkommensreduktion und größerer Ungleichheit führen.“ Diese Faktoren „erhöhen die Wahrscheinlichkeit von Bürgerkriegen, die Hungersnöte und Migrationsbewegungen verursachen“.

Unzählige Kinder und Jugendliche wurden dauerhaft von ihrem mühsam eingeschlagenen Bildungsweg abgebracht, und alle ärmeren Länder mussten zusehen, wie sich ihr Schuldenstand gegenüber dem Westen und damit ihre finanzielle Handlungsunfähigkeit weiter erhöhte.

Zur Berechnung des Anteils deutscher Verantwortlichkeit am globalen Maßnahmen-Desaster:

Aus Mark Lowlocks Aussage zur Zahl zusätzlich gestorbener Kinder in Höhe von rund 2,2 Millionen pro Corona-Jahr (6000 x 365 Tage) und aus dem gleichlautenden Tenor anderer Berichte, wie etwa **von Oxfam** (<https://oxfamilibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/621023/mb-the-hunger-virus-090720-en.pdf>), lässt sich eine jährliche Verantwortlichkeit Deutschlands in Höhe von 151.000 globalen Maßnahmen-Opfern unter Kindern herleiten (Berechnung: 2,2 Millionen tote Kinder, geteilt durch 1200 Millionen reiche Erdenbürger, multipliziert mit 83 Millionen Deutschen; ausführliche Berechnungserläuterung im **Artikel zu Klassismus**

<https://www.rubikon.news/artikel/der-klassenkrieg>).

Zur Dimension verstorbener Erwachsener unter den Ärmsten der Welt fand ich leider keine Zahlen. Die Indizien dafür lassen aber auf eine sehr hohe fünfstellige Zahl als Untergrenze schließen. Selbst wenn man sie nicht berücksichtigt, muss für Deutschlands jährliche Gesamtverantwortung die Untergrenze von rund 200.000 Maßnahmen-Opfern angenommen werden.

Die Opfer der „zivilisatorischen Normalität“

Zu den Opfern im zweiten Bereich: Vor ein paar Wochen berichteten die Nachrichtenportale außerhalb des Mainstreams von einer Studie

https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/C/Coronavirus/Analyse_Leistungen_Ausgleichszahlungen_2020_Corona-Krise.pdf), die im Auftrag des Bundesgesundheitsministeriums vom RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung erstellt wurde. Demzufolge waren im Jahr 2020 lediglich 3,4 Prozent der Patienten auf Intensivstationen und nur 1,9 Prozent der anderen Krankenhauspatienten wegen einer COVID-19-Erkrankung dort.

In der Aufregung darüber, wie erstaunlich gering die Belastung deutscher Kliniken durch Corona-Patienten doch sei, ging die andere in den Zahlen enthaltene Frage völlig unter: Warum lagen die restlichen 96,6 Prozent der Menschen auf Intensiv beziehungsweise die anderen 98,1 Prozent im Krankenhaus?

Vordergründig betrachtet lassen sich als Antwort hier einige typische Gründe aufzählen wie schwere Unfälle, eskalierte Zustände längerer Krankheiten, schwere Operationen, ungeplante

Komplikationen und plötzliche Verschlechterung des Gesundheitszustands während Behandlungen, dabei speziell Thrombosen, Lungenembolien und Herzüberlastung, Multiorganversagen und Kreislaufzusammenbruch, ernsthafte Entzündungsreaktionen des Körpers nach Verletzungen und Operationen, Blutvergiftung, Erkrankung der peripheren Nerven, akute Verwirrungssituationen und andere mehr.

Doch was verursacht diese Zustände beziehungsweise was bringt Menschen auch über längere Zeiträume gesehen in diese gesundheitlich kritischen Situationen? Sind all diese Patienten durch ein Naturereignis schwer erkrankt, für das niemand verantwortlich gemacht werden kann? Oder ist ihre Erkrankung auf ganz bestimmtes Verhalten innerhalb zivilisatorischer Gewohnheiten und Alltagsnormen zurückzuführen? Sind die Ursachen ihrer Krankheit unvermeidbar, weil existenziell notwendig für das Funktionieren einer freien und demokratischen Gesellschaft? Oder sind es Nebeneffekte der ganz speziellen Art und Weise des Wirtschaftens, des Konsumierens und des Arbeitens, also der Spielräume, welche die Politik und die Eliten unserer Gesellschaft vorgeben?

Sind Menschen, die an sogenannten Zivilisationskrankheiten leiden oder denen zivilisatorisch typische Formen von Unfällen passiert sind, ausschließlich selbst für ihren Zustand verantwortlich? Oder muss man den Gestaltern der dominanten zivilisatorischen Wirklichkeit mindestens eine Mitschuld zuschreiben?

Immerhin wirken die Routine des herrschenden Wirtschaftssystems, seine Werbung, seine falsche Erziehung, ja seine „Dressur“ immer tiefer bis in die letzten Privatbereiche hinein. Sehr wahrscheinlich gäbe es ohne die bestimmenden konsumistischen Moden und die aus wirtschaftlichem Kalkül

beworbenen und aufgenötigten, nicht artgerechten Verhaltensweisen für die Spezies Homo sapiens viele dieser Krankheiten beziehungsweise deren Ursachen gar nicht. Muss man den Verteidigern der herrschenden wirtschaftlich-konsumistischen Routine damit nicht sogar die volle Verantwortlichkeit für diese Krankheiten und ihre Folgen anlasten?

Der Begriff Zivilisationskrankheiten selbst kann durchaus bereits als manipulativ angesehen werden. Er suggeriert bei oberflächlicher Betrachtung, dass als Preis für einen gewissen Wohlstand immer auch das Vorhandensein bestimmter Krankheiten akzeptiert werden müsse. Man könnte annehmen, es gelte ein Entweder-Oder-Prinzip: entweder Zivilisation, auch mit bestimmten Krankheiten, oder Verzicht auf Wohlstand. Dem muss man entgegenhalten, was auch **Wikipedia schreibt**

(<https://de.wikipedia.org/wiki/Zivilisationskrankheit>): „Da nicht die Zivilisation als solche, also nicht die Errichtung einer bürgerlichen Ordnung, technischer und medizinischer Fortschritt, gesundheitsgefährdend sind, sondern manche in industrialisierten Ländern verbreitete Lebensstile, Verhaltensweisen und Umweltfaktoren, ist der Begriff Zivilisationskrankheit von der Definition des Begriffs ‚Zivilisation‘ abhängig.“

Warum sollte also nicht eine menschenverträgliche Form von Zivilisation denkbar sein, in der eben keine Lebensgewohnheiten gepflegt werden, die zur menschlichen Anatomie, zum menschlichen Stoffwechsel und zur gesunden Psyche nicht passen? Diese müsste wesentlich mehr körperliche Bewegung einfordern oder im Alltag automatisch bedingen und ganz andere Ernährungsgewohnheiten und -qualitäten zum allgemeinen Standard erheben. Auch müssten das Erleben des Alltags und die überwiegenden psychischen Eindrücke andere, erfüllendere sein.

Wie genau so etwas aussehen sollte, ist im Prinzip bereits wissenschaftlich erforscht. Die **Evolutionsmedizin**

<https://www.spektrum.de/lexikon/biologie/evolutionsmedizin/23180>) beispielsweise kann detaillierte Auskunft über artgerechte und damit gesundheitserhaltende Ernährung und Bewegungsnotwendigkeiten geben. Die **Evolutionpsychologie** (<https://www.spektrum.de/lexikon/biologie/evolutionpsychologie/23182>) wiederum untersucht psychische Krankheiten, psychosomatische Wirkungen und die breite Palette psychosozialer Auffälligkeiten auf ihre Ursachen und auf die Unverträglichkeit mit psychischen Mustern, die dem Homo sapiens evolutionär bedingt als positiv oder negativ wirkend zugeschrieben, also untrennbar eigen sind.

500.000 Opfer neoliberalistischer „Zivilisation“ jährlich

Die entscheidende Frage ist wohl, ob eine bessere Definition von Zivilisation, die sich auf Krankheitsvermeidung stützt, sich noch mit neoliberalistischen Konsumnotwendigkeiten, mit festgeschriebenen Profiterwartungen und mit den realitätsfremden Zivilisations-Narrativen der Standardmedien vereinbaren ließe.

Es gibt keinen Grund zu glauben, dass diese Zusammenhänge den Politikern und den anderen Gestaltern der wirtschaftlichen Realität unbekannt seien. Vielmehr ist die Absicht zu erkennen, alle Verhältnisse wegen der gewissen Systemrelevanz so zu belassen, wie sie sind. Wenn der Euro und der Dollar dadurch rollen, nimmt man die Zunahme qualitativ schlechter Ernährungsgewohnheiten, chronischen Bewegungsmangels und das psychische Leid der meisten Menschen hin.

Insofern sind alle diese Krankheiten genau genommen Kollateralschäden der herrschenden ökonomischen Ordnung und nicht die Voraussetzung dafür, zivilisierte

Verhältnisse in der Gesellschaft zu halten und Wohlstand zu erlangen.

Unter dem Solidaritätsaspekt betrachtet müsste man das Festhalten der Politik und der wirtschaftlichen und medialen Eliten an dieser destruktiven Wertigkeit als mindestens fahrlässige Tötung in mehreren Hunderttausend Fällen pro Jahr ansehen.

Um welche jährlichen Todesopfer-Zahlen es hier geht, zeigt folgende Auflistung der Ursachen:

- Herz-Kreislauf-Erkrankungen 160.000,
- Luftverschmutzung bis 120.000,
- Tabak 127.000,
- Alkohol 74.000,
- Verkehr 3.000 (nach Definition), inoffiziell eher weit über 6.000,
- Lärm 2.400 plus eine sicherlich hohe Dunkelziffer,
- psychische Störungen und Verhaltensstörungen 58.000.

Wegen des beträchtlichen Umfangs erspare ich mir an dieser Stelle die Nennung der entsprechenden Quellen. Eine ausführliche Darstellung von Links zu Studienergebnissen und Berechnungen findet man **hier** (<https://www.buchkomplizen.de/index.php?lang=0&cl=search&searchparam=Carl+Christian+Rheinl%C3%A4nder+sen+Hinter+der+Solidarit%C3%A4ts-Fassade>).

Addiert ergeben sich über 500.000 vorzeitige Todesfälle pro Jahr. Davon könnte man einerseits mögliche Fälle von Überschneidungen, einen Teil psychischer Krankheiten und geringe Sockelzahlen noch abziehen, müsste aber andererseits eine hohe Dunkelziffer zu Ursachen verfrühten Sterbens hinzurechnen, die noch nicht abschließend wissenschaftlich erforscht sind, wie Mikroplastik und Pestizide in der Atemluft, Medikamentenmissbrauch,

elektromagnetische und radioaktive Strahlung oder längerfristig sich aufbauende psychosomatische Wirkungen.

Zusammengenommen belasten diese Krankheiten die deutsche Gesellschaft und das Gesundheitssystem mit jährlich mindestens 350 Milliarden Euro zusätzlich Quellen dazu **hier**

<https://www.buchkomplizen.de/index.php?lang=0&cl=search&searchparam=Carl+Christian+Rhein%C3%A4nder+sen+Hinter+der+Solidarit%C3%A4ts-Fassade>

Mit einem Bruchteil dieses Geldes könnte man leicht den Nettoverdienst sämtlicher Pflegekräfte in Deutschland verdoppeln. Auch sollte man aufhören, die 3,4 Prozent der COVID-19-Intensiv-Patienten für mögliche Überlastungen deutscher Intensivstationen verantwortlich zu machen und vielmehr die Krankheitsursachen der anderen 96,6 Prozent schwer erkrankten Menschen dort zum Anlass gesundheitsschützender Maßnahmen nehmen. Solcherlei Maßnahmen jedoch würden die Profiterwartungen etlicher wirtschaftlich bedeutsamer Unternehmen und Branchen teilweise vereiteln und deren Geschäftsfeld empfindlich zurückstutzen. Und da im herrschenden Wirtschaftssystem die Gewinne solcher Strukturen nicht angetastet werden dürfen, genießen auch hier der Gesundheitsschutz und die Solidarität mit den Betroffenen keine politische Priorität.

Fahrlässige Tötung zukünftiger Erdbewohner

Schließlich fehlt noch ein wichtiger Bereich in unserer Bilanzierung. Auch hier wird den betroffenen Menschen von der gegenwärtigen Politik, unterstützt von den Standardmedien, keinerlei Solidarität zugebilligt. Im Gegensatz zum Schweigen gegenüber allen anderen beschriebenen Gruppen jedoch wird deren absehbar massenhaftes vorzeitiges Sterben von der Politik auf großer internationaler Bühne

in Medienberichten und aufwendig inszenierten Konferenz-Shows ausgiebig öffentlich beklagt. Die letzte dieser krassen Veranstaltungen ist gerade in Glasgow als 26. sogenannte Klimakonferenz zu Ende gegangen, und die Platzhirsche dort konnten sich für die Erreichung ihres Ziels der „absichtenverzierten Ergebnislosigkeit“ auf die Schultern klopfen.

Welche Zahlen von vorzeitigen Todesfällen unter den nachfolgenden Generationen durch die nunmehr über mehrere Jahrzehnte fortgesetzte Verschleppung effektiver Maßnahmen zu bilanzieren sind, lässt sich nur schwer sagen. Neben den Geschädigten durch die Auswirkungen der Klimaveränderung wären zudem ja noch viele Opfer infolge anderer Beeinträchtigungen der natürlichen Lebensgrundlagen aufzulisten, wie Vermüllung von Gewässern und Landflächen, Verlust von Dienstleistungen der Ökosysteme zum Beispiel durch Artensterben und Abholzungen, Trinkwasservergiftungen und so weiter.

Wenn man nun bedenkt, dass all diese Vernichtungen biosphärisch-natürlicher Selbstverständlichkeiten und Ausdünnungen ursprünglicher Lebenschancen für den Alltag zukünftig lebender Menschen enorm weit in die Zukunft wirken, muss man von ungeheuren Zahlen an dadurch ausgelösten vorzeitigen Todesfällen in den nächsten Jahrhunderten ausgehen. Eine mögliche Bezifferung der jährlichen anteilmäßigen Verantwortlichkeit Deutschlands, so schätze ich es ein, wird in die Hunderttausende gehen.

Rechnen wir also einmal zusammen, welche jährlichen Zahlen an fahrlässig und mutwillig verursachten vorzeitigen Todesfällen der Behauptung von Politik und Standardmedien entgegenzuhalten wären, bei den Coronamaßnahmen und der Impfnötigung ginge es um „Solidarität“:

- Opfer infolge gedeckter und befürworteter Kriegshandlungen von USA und NATO: 200.000,
- Opfer durch Klassismus in Deutschland und Anteile an den Folgen internationaler Armut: 1,2 Millionen,
- Maßnahmenopfer der Coronapolitik: In Deutschland mindestens 40.000, Anteile an den internationalen Folgen mindestens 151.000,
- Opfer durch Gesundheitsschäden infolge der durch neoliberalistische Strukturen geprägten Zivilisation: 500.000,
- Opfer unter den nachfolgenden Generationen infolge der Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen: geschätzt 100.000.

Zusammengerechnet ergibt sich die Summe von mindestens 2,2 Millionen Menschen, die vorzeitig sterben müssen, weil die Politik ihnen aus wirtschaftlich-ideologischen Gründen wirksame Maßnahmen zum Schutz ihrer körperlichen Unversehrtheit verweigert.

Wohlgemerkt, dies gilt allein für Deutschland und ist in jedem Jahr erneut zu beklagen.

Damit ist eigentlich der Beweis erbracht, dass es in der laufenden Coronakrise niemals um Solidarität, um Gesundheitsschutz und um den Schutz des Gesundheitssystems vor Überlastung gegangen ist. Das Regime brauchte lediglich eine imposante Moralkeule, um uninformierte, staatsgläubige und politisch naive Menschen zur schnellen Selbstunterwerfung unter eine kollektive Idiotie zu bringen. Das vor uns liegende, überbordende Maß an Heuchelei ist unfassbar.

Aufgaben für die noch fehlende Opposition

Schließlich will ich noch einen Aspekt anschneiden, der bald sehr wichtig werden könnte. Es geht um die Frage, inwieweit es gelingen kann, eine neue Oppositionsbewegung zu begründen, die alle Voraussetzungen erfüllt, um gegen den herrschenden Mainstream stark aufzutreten und einflussreich zu werden. Schwerpunkt der Arbeit dieser Opposition müsste im Allgemeinen die Solidarität mit den oben genannten benachteiligten Gruppen und Menschen sein, was ihre politische Ausrichtung eher als links charakterisiert, und im Speziellen die Solidarität mit den nachfolgenden Generationen, wodurch sie auch im echten Sinne wertkonservativ wäre.

Dieses Thema lässt sich natürlich nicht in wenigen Absätzen abhandeln, und deshalb beschränke ich mich hier auf zwei Bemerkungen dazu:

1) Die derzeit öffentlich agierenden Gegenkräfte zur politischen Normalität sind argumentativ viel zu schwach und wirklichkeitsfremd aufgestellt. Greta Thunbergs Kommentar zur Klimakonferenz in Glasgow beispielsweise, es gäbe dort nur leeres Gerede, ist zwar voll und ganz zutreffend. Doch als „Oppositionelle“ scheint sie die grundlegende Systematik der Niederträchtigkeit ihrer Gegner und deren Palette taktischer Lügen noch nicht wirklich zu verstehen. Deren Behauptung beispielsweise, der vollständige Verzicht auf die Verbrennung fossilen Kohlenstoffs müsse finanziert werden, ist nichts weiter als ein Schachzug zu neoliberalistischer Profit- und Herrschaftssicherung.

In Wahrheit, also von außerhalb der herrschenden Denkstrukturen betrachtet, kostet der CO₂-Ausstieg nichts, jedenfalls nicht in den reichen westlichen Staaten. Er unterbindet nur den Löwenanteil gewohnter Unternehmensgewinne, die ja allesamt mehr oder weniger Externalisierungserträge sind, und macht die Arbeitsplätze dort teilweise überflüssig. Demgegenüber schafft er aber weit mehr neue Möglichkeiten besserer Erwerbsarbeit, sofern auch andere denkbare Komponenten einer zukunftsverträglichen

Wirtschaftsordnung integriert werden.

Diese wären beispielsweise: Regionalisierung, Schadensinternalisierung nach „Heuristik der Furcht“ (Hans Jonas), Wiederauszahlung der Internalisierungsgelder an alle Menschen in gleicher Höhe, Gewerbefreiheit, bevölkerungseigenes Zweitgeld-System, Abschaffung von Lohn- und Einkommenssteuer, Landbesitzreform et cetera. Solange „Fridays for Future“ und andere Umweltaktivisten solche wichtigen politischen Notwendigkeiten nicht erkennen und nicht ebenfalls mit einfordern, muss ihr Eintreten für die Lebensbedingungen zukünftiger Erdbewohner erfolglos bleiben. Ja, ihr öffentliches Bemühen dient den Herrschenden sogar als Beweis für angeblich herrschende Diskurs- und Meinungsfreiheit.

2) Andere oppositionelle Kommentatoren klingen beim Thema Zukunftsperspektiven stets betont negativ und defensiv. Fast immer wird nur beklagt, was man nicht will, wird auf drohende schlimme Entwicklungen gezeigt und auf Unheil, welches dem politischen Handeln der Herrschenden vermeintlich folgt. Dieses Starren wie das Kaninchen auf die Schlange gipfelt in Artikeln, in denen linke Autoren den Klimawandel sogar leugnen und ihn, wie manche Kommentatoren des rechten Lagers, als taktische Finte der Herrschenden hinstellen. Oder sie geben sich der Wehklage über eine womöglich drohende Klimaschutz-Diktatur hin, die, einem Sozialkreditsystem ähnlich, verursachte CO₂-Mengen ankreidet. Solche Leute aber erweisen sich als ebenso unfähig, einen Wandel unabhängig von gegenwärtigen Realitätsmustern zu denken, wie auch Greta Thunberg, Greenpeace, Extinction Rebellion und die sonstigen Aktivisten gegen die Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen.

Eine neue linke Opposition demgegenüber müsste ungewohnt offensiv sein und den tatsächlichen und vermuteten Plänen der Herrschenden ebenso konkrete und mindestens so radikale

Alternativen entgegensetzen.

Statt sich noch länger hauptsächlich am Thema Corona abzuarbeiten, sollte man sich als linke Opposition der argumentativen Besetzung des noch bedeutenderen Themas „Wie kann ein zukunftsfähiges Wirtschaftssystem aussehen, in dem wir alle frei und gut leben können?“ zuwenden.

Es ist keineswegs unmöglich, ein ausgefeiltes Modell eines solidarischen Wirtschaftssystems zu entwickeln und es als basisdemokratische Alternative dem bedrohlichen „Great Reset“-Modell des Mainstreams entgegenzuhalten. Die Menschen im Land, die an den vielen immer gleichen und permanent sich verschärfenden Alltagsproblemen verzweifeln, werden immer zahlreicher. Darum sind die Aussichten, für ein erfreulicheres Konzept gesellschaftlichen Zusammenlebens politische Mehrheiten zu bekommen, derzeit gar nicht schlecht. Zum finanziellen Teil eines solchen Konzepts will ich demnächst hier noch einige Anmerkungen machen.

Quellen und Anmerkungen:

Dieser Text ist die Zusammenfassung einiger Passagen aus dem kürzlich erschienenen Buch „Hinter der Solidaritäts-Fassade – Fatale Corona- und verweigerter Zukunftspolitik – Anmerkungen zur systemrelevanten Verantwortungslosigkeit“. Ein Essay von Carl Christian Rheinländer sen. 2021, Books on Demand, 460 Seiten, 20 Euro.

Dieser Artikel erschien bereits auf www.rubikon.news.



Carl Rheinländer, Jahrgang 1959, arbeitet unter anderem als freiberuflicher Sensenlehrer, Bauökologe, Baumpfleger, Bildhauer und Autor. Neben Texten für eine regelmäßige politische Kolumne in einem Regionalblatt im Hunsrück veröffentlichte er diverse Beiträge zum Thema „Merkmale eines nachhaltig/folgenlosen Wirtschaftssystems“ im Internet.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>))** lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.